

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Traubstr. 2-5.
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei
Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,
Betrag vorher einleunden. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölfseinhalf Millionen deutsche Männer und Frauen haben im März 1926 den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Mit dieser gewaltigen Willenskundgebung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Gesetzgebung in einer Frage von weittragender Bedeutung ergriffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung durch das um den Sieg des Gedankens geht:

Volksrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung heraufbeschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutsche Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von kargen Unterstützungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen anderen Weg, ihre Vaterlandsliebe zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen.

Kein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhasste Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung der alten Fürstenherrlichkeit, ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volksvermögens als Wartergeld ausgezahlt werden.

Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu tragen haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher auf seine geduldigen Schultern nehmen.

Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Habsucht der deutschen Fürsten steht im umgekehrten Verhältnis zu den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben. Die Elendsjahre seit dem Kriege sind die bitteren Folgen jener verfehlten Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und ihre monarchische Gefolgschaft gewesen sind.

Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die Anmaßung der Fürsten wie gegen die Putschpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des

Volksentscheids am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: Das einmütige „Ja“ aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für die entschädigungslose Enteignung.

Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker.

Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde.

Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Berlin, den 5. Juni 1926.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgem. Freier Angestelltenbund.

Allgem. Deutscher Beamtenbund.

Wirkt für den Volksentscheid!

Am 20. Juni soll das deutsche Volk zum ersten Mal seit dem Bestehen der Republik sein eigener Gesetzgeber in der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten und ihrer Mätressen sein. Das erfordert einen großen Kräfteaufwand des arbeitenden Volkes, weil die große Masse Bedrückter politisch noch nicht reif ist, daß sie aus freien Stücken für ihre Sache eintritt. Zum Volksabgehen, das zur Einleitung des Volksentscheids vorausgehen mußte, bekannten sich 12½ Millionen wahlberechtigter Deutsche gegen die Fürsten und ihre maßlosen Ansprüche auf Volksvermögen. Am 20. Juni müssen es acht Millionen mehr sein, wenn im Volksentscheid gesiegt werden soll. Diese sechs Millionen bürgerlich gesinnter und beeinflusster Wähler und Wählerinnen für die Sache des arbeitenden Volkes an die Urne zu bringen, bedarf außergewöhnlicher Aufklärungsarbeit und Opfer. Aber sie müssen gebracht werden.

Die Gegner des Volksentscheids — es sind nicht nur die paar ehemaligen Fürsten und ihre Liebhaberinnen — versuchen mit großem Aufwand den Zweck des Volksentscheids zu vereiteln. Sie stellen mit Absicht das Verlangen des gerechtigkeitsliebenden Volkes auf entschädigungslose Enteignung als unangenehm und verbrecherisch hin. Fürsten und Fürstentochter, Reaktionen aller Schattierungen, Kirchenvertreter, Industrie- und Bankgewaltige, Junker, Offiziere, Mätressen, Soldatentreiber sind am Werk, das Volk zu belügen. Sie stellen die Sache so hin, als sei das Eigentum in Gefahr. Damit wollen sie die kleinen Bauern, die Hausbesitzer, die Pensionsbezieher, die Rentner einschüchtern, ihnen vormachen, auch ihr bisheriges Wohlstand entwerteter Besitz käme in Gefahr. Das ist bewußte Verleumdung der Tatsachen. Kein Mensch denkt daran, persönlichen Besitz zu enteignen.

Was den Fürsten genommen werden soll, ist ihr ehemaliger Vermögensbesitz, den sie als Repräsentanten des Staates in Verwaltung hatten. Ihr Privatvermögen ist darin nicht enthalten. Ihre Repräsentantenstellen haben sie im November 1918 freiwillig verlassen, sie sind feige davon gelaufen und haben darauf verzichtet und trotzdem wollen sie jetzt, acht Jahre nach jenem für sie beschämenden Verzicht, wieder Ansprüche auf die Einnahmen aus den Kronländern stellen, trotzdem sie keinen Staat mehr repräsentieren. Das ist nicht nur ein starkes Stück Frechheit, sondern die höchste Beleidigung der Dreifaltigkeit.

Die Fürsten und ihre Anhänger wagen sogar Forderungen zu stellen, trotzdem sie wissen, daß gerade gegenwärtig das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit unter der schwersten Not schmachtet. Millionen von Arbeitslosen mit ihren Angehörigen haben kaum soviel, daß sie vor dem Hungern geschützt sind, Hunderttausenden von Kurzarbeitern geht es ähnlich. Ein Heer von Kriegsbeschädigten schmachtet unter den gräßlichen Wunden, die ihnen das „Stahlbad“ verursacht hat, ihre Rente ist mehr als karg. Die Wittwen und Waisen haben nicht genug zum Leben. Millionen Alter, Kranker, Siecher haben durch die Inflation ihre Notgroßen verloren. Alle nagen sie am Hungertuche. Unzählige verloren ihr Vermögen und warten nun auf Aufwertung. Vor diesen harten Tatsachen verschließen die Volksentscheidgegner die Augen. Das Elend der unzähligen Opfer des Krieges und der Inflation ist ihnen gleichgültig. Wenn sie nur den privatvermögenden Fürsten die zweieinhalf Milliarden Goldmark retten können, dann haben sie der „Gerechtigkeit“ Genüge getan. Es ist kaum denkbar, daß Kirchenvertreter dieses unermessliche Unrecht mit ihren christlichen Lehren vereinbaren können, aber sie tun es, und noch dazu für Menschen, die in Deutschlands schwerster Stunde die größten Feiglinge und Memmen waren.

Am 20. Juni soll sich das bedrückte deutsche Volk entscheiden darüber,

ob viele der zahllosen Fürstenschlösser in Volkssanatorien für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, für Sozial- und Kleinrentner umgewandelt werden sollen,

ob aus den sogenannten Fürstendörfern die bedürftigen Opfer der Inflation ausreichend erhalten werden sollen,

ob ferner der fürstliche Großgrundbesitz als Siedlungsland an die Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern aufgeteilt werden, oder ob dieser ganze riesenhafte Besitz, auf dessen Nutzung der neue Staat ein Anrecht hat, den Fürsten zu beliebiger Verwertung ausgeliefert werden soll.

Es geht aber auch darum, ob das deutsche Volk auf den Wert von 2½ Millionen Goldmark verzichten will oder nicht. Dem Staat wäre ein außerordentlicher Dienst geleistet, wenn es diese Werte für seine edleren Zwecke in Anspruch nehmen und die Belastung abschütteln könnte.

Der Zweck des Volksentscheids ist also ein ganz anderer, als ihn das Fürstentum hinaustellen beliebt.

Für uns Gewerkschaftler kommt jedoch noch in Betracht, daß, wenn den Fürsten die ungeheuren Werte als Sündengeld zuzufügen würden, die Reaktion, die putschistischen Verbände, die Feinde der Republik gestärkt würden. Das darf nicht geschehen. Das muß verhindert werden.

Die deutsche Republik muß bleiben, die in der Verfassung verankerten Volksrechte dürfen nicht in Gefahr kommen. Gerechtigkeit soll herrschen.

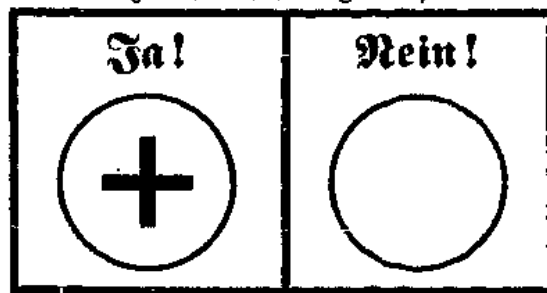
Legt den nimmermatten, raffigierigen Fürsten und ihrem Anhang das Handwerk dadurch, daß ihr alle wahlberechtigten Mitglieder des arbeitenden Volkes am 20. Juni an die Wahlurne bringt und für den Volksentscheid stimmen laßt.

Sammelt die Fürstengegner!

Kämpft für das Recht im Namen des Volkes!

Alle wahlfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen an die Urne!

Gestaltet den Stimmzettel am 20. Juni so:



Wie unsere Unternehmer die feinkeramische Industrie fördern.

Die deutsche Wirtschaft ist in Bedrängnis. Am schwersten wird davon die Arbeiterchaft betroffen. Ihr wurden die schlimmsten Auswirkungen aufgebürdet. Die Unternehmer lassen es sich wohlgehen. Sie schweigen, ihre Werke werfen Gewinne ab und wenn die ausgemergelten Verdienstbringer lebensmäßige Bezahlung verlangen, wird ihnen von der anderen Seite noch Begehrlichkeit vorgeworfen. In allen Zweigen der Wirtschaft ist das so.

Die feinkeramische Industrie macht dabei keine Ausnahme, trotzdem gerade sie unter der verkehrten Einstellung der deutschen Wirtschaft, die die Kaufkraft der Bevölkerung auf den niedrigsten Stand herabdrückt, am meisten mit zu leiden hat. Sie tut eben, was die anderen vormachen und hintz dabei gewöhnlich einen Schritt weiter hinterher.

Gegenwärtig ist die deutsche feinkeramische Industrie gezwungen, ihre Betriebe etwas moderner auszugestalten und deren Wirtschaftlichkeit zu heben. Sie kommt damit reichlich spät; aber das ist ja immer so gewesen, warum soll denn von diesem Trotz abgewichen werden. Solange die Arbeiterchaft aus ihren Knochen mehr herauszschinden läßt, braucht ja der Unternehmer seinen Gehirnkraften nicht übermäßig anzustrengen und auch die Chemiker, Techniker und Kaufleute können sich Zeit lassen. In den Fabriken haben sie doch nicht allzuviel zu lagen. Zum gemeinsamen Wirken werden sie auch nicht angeregt, warum denn hasten und sich allzusehr anstrengen. Die anderen werden schon Fingerzeige geben, die man kopieren kann. Ja, es wird wirklich großzügig von der Unternehmerseite gearbeitet, die neuen Probleme zu erfassen und zu lösen. Der Schweiß rieselt nur so. Man kann ihn sogar riechen.

Wie von den feinkeramischen Industriellen die neuzeitliche Aus- und Umgestaltung unserer Industrie betrieben wird, dafür einige Beispiele. Sie unterhält einen gut funktionierenden Apparat von angestellten Juristen und Volkswirtschaftlern, die im Schweiße ihres Angesichts tarifliche Spitzindigkeiten auskügeln und Prinzipien auskobelnen. Sie dienen willig als Getreue zur Bekämpfung berechtigter Arbeiterforderungen. Der Apparat war kürzlich in Funktion, einem Werk 35 bis 40 Mk. Lohnkürzung zu retten. Die verursachten Kosten mögen wohl zehnmal so hoch gewesen sein; aber darauf kommt es ja nicht an, das Prinzip muß hochgehalten werden. Einem anderen Werk wurden gar 250 bis 300 Mk. Urlaubsgelder durch glänzend gewonnene Stilllegungsaktionen erspart. Der Spaß wird ja dem Unternehmer noch etwas teuer zu stehen kommen; aber das wird gerne mit in Kauf genommen, das geht ja dann unter einem anderen Deckmantel. Für den Augenblick hat ja die juristische Spitzindigkeit gesiegt, und das ist die Hauptsache. Mit Moral ist ja der Apparat nicht allzusehr belastet und die Zukunft steht noch in weiter Ferne. Was kümmert die Leuten Arbeitsunlust, Haß, Rachgefühl und Störung des Arbeitsfriedens.

Ähnliche Erfolge des Unternehmerapparats zur Bekämpfung von dringenden Notwendigkeiten liefern sich noch eine hübsche Anzahl anführen; es mögen die beiden genügen. Hoffentlich erkennen die führenden Unternehmer daraus, wie dringend notwendig und erweiterungsbedürftig ihr Apparat ist. Vielleicht überlegen sie sich die Sache noch und werfen dafür lieber die paar Techniker gar aus ihren Betrieben; denn die haben ja doch keinen Zweck. Viel notwendiger sind — Synchicis. Wir sind überzeugt, wenn die Carlens Betriebe in den letzten sechs Jahren mehr Juristen mit ihren brennenden Tagesfragen betraut hätten, ständen sie heute günstiger. Wir möchten auch der Steingutfabrik Colbitz für ihren neuen Betrieb in Belgern an der Elbe und der Firma Willeroh & Boch in Torgau den Vorschlag machen, einige juristisch vorgebildete Akademiker mit der weiteren Ausgestaltung der neuen Werke zu betrauen. Für die glänzendsten Erfolge verbürgen wir uns schon heute.

Auch den bemühten Förderern zwecks guter Ausbildung keramischer Akademiker und den Liebhabern für den Ingenieuren geleitete Betriebe möchten wir den wohlgemeinten Rat geben, ihre Herren Jura und Nationalökonomie studieren zu lassen. Das wirkt sich für die feinkeramische Industrie in Zukunft viel besser aus. Auch den Kaufleuten müßte allmählich das Handwerk gelegt werden, sonst könnten sie schließlich in einem lichten Augenblick dazu kommen, eine Rechnung über den ganzen Komplex aufzumachen, wobei herauskäme, daß der Apparat ziemlich teuer kommt. Dem kann jedoch rechtzeitig vorgebeugt werden. Also, die Zeit verpassen! Die Synchicis retten die deutsche Industrie schon. Nur abwarten.

Bei gegebener Zeit werden auch die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder daran denken, den Industriellen zu helfen. Ergänzen

die Unorganisierten sollen eingesehen haben, daß es ihren Fabrikanen und Direktoren viel schlechter geht, als ihnen, und sie sind dahin überein gekommen, sich zu organisieren zu dem Zweck, ihre Arbeitskraft noch billiger zu verkaufen und Beiträge zu Extrantennien für notleidende Aktionäre und Fabrikbesitzer zu sammeln und an die bedürftigsten zu verteilen. Ihre Kaufkraft soll durch wohlfeile Steuererleichterungen der Unternehmer gestärkt und gefördert werden, so daß das deutsche Wirtschaftsproblem auf eine bequeme und rentable Art gelöst sein wird. Selbst die schärfsten Organisationsgegner werden durch die einfache Lösung geschlagen sein. Sollten ja noch einige Unbelehrbare übrig bleiben, so werden sie durch ellenlange Artikel in den Unternehmerratszeitschriften, geschrieben von leidenschaftlichen Doktoren und Sachverständigen, schnell vom Besseren überzeugt. Aller Streit und Kampf hat dann ein Ende. Die Juristerei wird den Ausweg aus dem Dilemma zeigen.

Also weitere Lohnkürzungen durchgeleitet; die Arbeiter um ihren verdienten Urlaub betrogen, weiter gezwängt, geschwächt, stillgelegt, aufgemacht, gedreht, gewendet, hinausgeschoben, gedreht, gedreht, schikaniert, gestritten, Prinzipien geplatzt, gedreht, verdrückt und — gewirtschaftet, die Industrie hat's ja. Ihre Führer werden das Ding schon schaukeln.

Aus all dem Durcheinander geht immer mehr hervor, daß die deutschen Unternehmer mit ihrer Wirtschaftsführung genau so verfahren werden, wie einst in der Politik. Das ist auch das einzige Kräftliche für uns Arbeiter. Das ist auch Grund genug, unserer Sache treu zu bleiben, die Arbeiter gewerkschaftlich zusammenzubringen und immer wieder wahrzunehmen. Die Zukunft gehört den Arbeitern. Mögen die Unternehmer alle Mittel anwenden zur Knebelung, mögen sie sich noch einen Trost Traubeln heranziehen, unterliegen werden sie uns nicht. Die Fünftadler, die jetzt wieder in unsere Reihen geworfen werden, um zu fengen und zu schädigen, werden eines Tages doch wieder von kraftvollen Händen genommen und voran getragen, um durch die Finsternis in helleres Land zu leuchten.

Porzellanarbeiter, nicht müde werden, merkt euch genau, was euch die Unternehmer jetzt antun, wie sie kugeln, es kommt die Zeit, wo ihr es ihnen wieder doppelt vergelten könnt. Die Industriellen wollen es so, sie haben dann mit ihren Trabanten sicher ihre Freude daran. Haltet euch dafür bereit!

Von unseren tariflichen Schiedsinstanzen.

In zunehmendem Maße verlieren die in unserem Tarifwesen zur Schlichtung und Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten vorgesehenen Schiedsinstanzen an Ansehen. In früherer Zeit haben unsere tarifvertraglichen Gauschiedsämter und auch das Oberschiedsamt in anerkannter Weise viel bessere und vor allem schnellere Arbeit geleistet. Sehr viel Streitfälle wurden früher einmütig, ohne daß der unparteiische Vorsitzende den Ausschlag geben mußte, gefällt. Dadurch haben diese Instanzen eine sehr bedeutende und für unser ganzes Tarifwesen wichtige Arbeit geleistet, die von vornherein als von beiden Vertragsparteien gewollt und gewünscht gewertet werden konnte. Heute ist das alles anders geworden. Den Männern der Praxis aus den Betrieben sind sogenannte Juristen als Nachfolger in die Schiedsinstanzen gefolgt. Jetzt wird Stunden, ja Tage über Geringfügigkeiten, über Neben- und Hauptsachen diskutiert, und juristische Stedenpferde werden geritten, daß es eine Lust ist. Ein Rechtsgelehrter versucht immer den anderen zu übertreffen. Nicht selten, in der Regel kann man beobachten, daß der eine ein halbes Duzend juristischer Fuzelbäume nach vorwärts, der andere aber sofort ein ganzes Duzend juristischer Fuzelbäume nach rückwärts schlägt. Auf solche Weise wachsen sich die Schiedsinstanzen immer mehr zu reinen Diskussionsclubs aus, die ihre eigentliche Aufgabe vermissen. Schon einmal haben wir in der „Ameise“ geschrieben: „Man findet es für richtig, zu kugeln, zu drehen, man streitet, selbst über Sachen, die sonnenklar sind, man kann und will sich nicht mehr einigen. Irgendein Häfchen muß herhalten, um Meinungsverschiedenheiten zu konstruieren, um einen Streit vom Baune zu brechen. Und dann geht es zu einem „Unparteiischen“. Wenn diesem der nötige Nebel vorgemacht wird, kommt gewöhnlich irgendein Monstrum von einem Spruch mit der dazu notwendigen „Begründung“ heraus.“ Wenn wir damals, als wir dieses schrieben, glaubten, daß Kritik auch fruchtbar wirken kann, so haben wir uns getäuscht. Es ist mittlerweile noch schlimmer geworden.

In einem Betriebe in Norddeutschland, von dem man eigentlich seiner ganzen Struktur und Konstellation und auch den Aufgaben nach, die er zu erfüllen hat, annehmen müßte, daß er es ablehnt, sich unfruchtbares Tun, solche weder dem Staat noch der Wirtschaft dienlichen Dinge mitzumachen (es handelt sich hier um die Staatliche Porzellanmanufaktur in Berlin, deren Direktor ein Herr Dr. Mousfang ist), tot ein solcher an den Haaren herbeigezogener Streitfall seit Anfang November 1924.

Der Sachverhalt sei hier kurz dargestellt: Seit April 1920 erhielten die in der staatlichen Manufaktur beschäftigten sonstigen Arbeiter, die im Zeitlohn arbeiten, die für Berlin maßgebende Akkordbasis als Grundlohn. Die Regelung war durch mündliche Vereinbarung zustande gekommen. Dieser Grundlohn war viele Jahre anerkannt und wurde auch geübt. Einwandfrei und lückenlos läßt sich aus Lohnlisten, Lohnbüchern und aus allen Lohnaufstellungen feststellen: die Akkordbasis ist der Grundlohn für einen im Zeitlohn stehenden sonstigen Arbeiter. In einem Bericht des ehemaligen Direktors, Herrn Geheimrat Gohlke, an das Preussische Handelsministerium, dem die Manufaktur unterstellt ist, heißt es wörtlich: „Die Akkordbasis ist zugleich Zeitlohn.“

Zm November 1924 weigerte sich die Leitung der Manufaktur, diesen Grundlohn weiter anzuerkennen, und im März 1925 wurde sogar die Zahlung der in Frage kommenden Beträge verweigert. Ab November 1924 ist nun dieser Streitfall bei den Tarifschiedsinstanzen anhängig, und nun kann sich ein gewöhnlicher Sterblicher einmal den Gang der Dinge (man muß an sich halten, um nicht eine treffendere Bezeichnung zu gebrauchen) bei unseren Schiedsinstanzen ansehen.

Der Lauf der Dinge vor dem Gauschiedsamt Nord-Ostdeutschland und dem Oberschiedsamt.

Sitzung des Gauschiedsamtes Nord- und Ostdeutschland.

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Wiesel.

Antrag der Arbeitnehmer: Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin ist durch Schiedspruch zu verpflichten, die Löhne der Zeitlöhner auch für die Zeit nach dem 20. November 1924 auf einen Grundlohn, der um 25 Proz. über dem tariflichen Mindestlohn der Arbeiter über 24 Jahre steht, aufzubauen und für die zurückliegende Zeit entsprechend nachzahlung zu leisten.

Schluss: Die Verhandlung wird vertagt. Der Bericht wird aufgegeben, den in den mündlichen Verhandlungen erhobenen Bericht der Direktion an das Preussische Handelsministerium dem Gauschiedsamt vorzulegen.

Dem Antragsteller wird aufgegeben, in Verbindung mit der Gegenpartei (Organisationsvertreter) zahlenmäßige Unterlagen über seit Tarifbeginn an die Zeitlöhner gezahlte Löhne (evtl. Grundlöhne) auch in Vergleich mit den jeweiligen Tariflöhnen dem Gauschiedsamt vorzulegen. Das Material ist so zu klären, daß die Höhe des Grundlohnes und evtl. Leistungszulagen und Prämien erkennbar ist. Die Direktion soll das Material zugänglich machen.

Berlin, den 28. August 1925.

Der Bericht an das Ministerium wurde beigebracht; in ihm wird behauptet, daß die Akkordbasis zugleich Zeitlohn ist. Die verlangten Aufstellungen wurden ebenfalls beigebracht, ihre Richtigkeit von der Betriebsleitung anerkannt.

Am 6. November 1925 fand der zweite Termin vor dem Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland, wiederum unter Vorsitz des Herrn Dr. Wiesel, statt. An diesem Tag wurde nach Prüfung der vorliegenden verlangten Unterlagen folgendes Ergebnis erzielt:

Schiedspruch: Dem Antrag wird insoweit stattgegeben, als in allen Fällen der Zeitlohn zugleich Akkordbasis sein muß, wie in dem Schreiben der Betriebsleitung vom 30. Mai 1923 an das Preussische Handelsministerium zum Ausdruck gebracht ist.

Zu der Frage, ob und inwieweit eine Nachzahlung zu leisten ist, kann das Gauschiedsamt mangels entsprechender Unterlagen keine Stellung nehmen. Infolgedessen wird beschlossen, die Entscheidung hierüber zu vertagen, bis alle hierfür notwendigen Unterlagen beigebracht sind, was dem Antragsteller aufgegeben wird.

Begründung: Aus der dem Gauschiedsamt vorliegenden Zusammenstellung über die gezahlten Löhne ergibt sich, daß die Akkordbasis im allgemeinen zugleich Grundlohn war, woran festzuhalten war.

Wegen dieses Spruchs legte die Direktion der Staatlichen Porzellanmanufaktur Einspruch beim Oberschiedsamt ein.

Das Oberschiedsamt hat in seiner Sitzung am 8.-11. Dezember 1925 in Leipzig folgenden Beschluß gefaßt:

Beschluß: Unter Aufhebung des Spruches des Gauschiedsamtes vom 7. November 1925 wird die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückgewiesen.

Begründung: Ein Rechtsanspruch, daß die Staatliche Porzellanmanufaktur verpflichtet ist, die Akkordbasis als Zeitlohngrundlage zu zahlen, kann beruhen auf Wohnheitsrecht oder auf Vereinbarung (mündlich oder schriftlich).

Für die Annahme der Bildung eines Wohnheitsrechts fehlt es an den erforderlichen Unterlagen.

Ob eine Vereinbarung vorliegt, ist bestritten. Der Inhalt und Umfang des Anspruchs folgt aus dem Inhalt des Ver-

Oeffentliche Danksagung.

Aus Anlaß meiner 30 jährigen Dienstzeit als Verbandsvorsitzender sind mir zum 30. Mai so zahlreiche Glückwünsche zuegegangen und andere liebenswürdige Beweise freundschaftlicher Genugung und Anerkennung gegeben worden, daß es mir unmöglich ist, für die einzelnen Befundungen des Wohlwollens schriftlich zu danken. Ich kann das nur allgemein öffentlich tun und sage hiermit allen, die meiner freundlich gedachten und mich ermunterten, tiefgefühltesten, allerherzlichsten Dank

Georg Wollmann.

trages und ist von dem Gauschiedsamt auf Grund Beweisaufnahme Vernehmung der Zeugen, und zwar, soweit rechtlich zulässig, eibliche Vernehmung) festzustellen. Auf dieser Unterlage ist eine neue Sachentscheidung zunächst von der ersten Instanz zu treffen.

Daraufhin beschloß das Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland unter Vorsitz von Dr. Wiesel:

1. Geheimrat Erich Gohlke, Charlottenburg, Englischestr. 20.
2. Direktor Dr. Max Schneider, Sell (Magern).
3. Herr August Schulz, Berlin NW., Grefelbergstr. 6.
4. Herr Adolf Stuhmann, Reinickendorf-West, Eichbornstraße 40.

über die Fragen:

1. Ist es Tatsache, daß Herr Geheimrat Gohlke im Jahre 1922 zum Arbeiterratsvorsitzenden August Schulz anlässlich einer Besprechung über die Lohnregelung der in der Staatsmanufaktur beschäftigten Zeitlöhner hinngemäß gesagt hat:

„Ich bezahle die Akkordbasis als Grundlohn für die über 24 Jahre alten Zeitlöhner weiter, weil ich als Jurist mir eine Niederlage vor den tariflichen Schiedsinstanzen nicht holen will.“

2. Ist es Tatsache, daß bei Verhandlungen über Leistungszulagen nur über die evtl. über dem Grundlohn in Höhe der Akkordbasis liegenden Lohnanteile verhandelt worden ist?

3. Ist es Tatsache, daß Herr Direktor Schneider bei seinem Amtsantritt und auch fernerhin dem Arbeiterrat erklärte, daß er niemals daran denke, an der Akkordbasis als Grundlohn auch für die Zeitlöhner zu rütteln?

4. Ist es Tatsache, daß bei Neuabschluss eines Lohnabkommens jeweils erneut über die Höhe des Lohnes auch für Zeitlöhner verhandelt worden ist, und daß bei diesen Verhandlungen immer von der Akkordbasis als Grundlohn auch für die Zeitlöhner ausgegangen ist?

5. Ist es Tatsache, daß bereits Herr Geheimrat Gohlke mehrfach darauf hingewiesen hat, daß ein genereller Anspruch auf Akkordbasis als Zeitlohngrundlage für die über 24 jährigen Zeitlöhner nicht in Frage kommt?

6. Hat der Zeuge jemals die Zusicherung gegeben, daß ein für allemal die Akkordbasis als Zeitlohngrundlage gelten soll oder ist ihm bekannt, daß irgendeiner der Leiter der Manufaktur eine derartige Zusage gemacht hat?

Für die Zeugen 1, 3 und 4 ist das Amtsgericht Berlin-Mitte als zuständig vereinbart. Für den Zeugen zu 2 ist das Amtsgericht Sell zuständig.

Berlin, den 15. Januar 1926.

Die Zeugenvernehmung fand statt. Dr. Schneider sagte nichts aus, die anderen gaben in der Hauptfrage folgendes an: Herr Rat Gohlke sagte u. a. aus: Was die Frage zu 1 anlangt, so ist es möglich, daß ich dem Schulz gegenüber bei einer Erörterung über das in der Manufaktur geübte Verfahren, den Zeitlöhnern die Akkordbasis als Zeitlohn zu geben, gesagt habe, daß ich nicht an sich den allgemeinen tariflichen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeiterratsvereinigungen widersprechende Regelung bestehen ließe, weil ich es nicht für aussichtsvoll hielt, dagegen vor dem Schiedsgericht anzugehen, weil in den periodisch erfolgenden tariflichen Vereinbarungen regelmäßig die Bestimmung vorkommt, daß den Arbeitnehmern günstigere bestehende Verhältnisse in dem Einzelbetriebe durch die allgemeine Vereinbarung nicht abgeändert sein sollten.

August Schulz gab u. a. an: Bei Verhandlungen über Löhne erklärte der Zeuge Gohlke im Jahre 1922, daß er nur denjenigen Arbeitern die Akkordbasis zahlen wolle, die bereits im Besitz derselben wären. Auf Verhandlungen der Arbeiterratsvereinigungen, daß sie sich damit nicht einverstanden erklären und die Schiedsinstanzen der Verbände anrufen müßten, erklärte der Zeuge Gohlke etwa: „Ich bin bereit, auch den anderen die Akkordbasis zu bezahlen, weil ich mir eine Niederlage vor den Schiedsinstanzen nicht holen will.“

Zu 2: Herr Direktor Schneider erklärte mir auf Befragen, ob er in irgendeiner Weise die Löhne in der Manufaktur abzubauen gedente: „Ich denke gar nicht daran, ich bin sogar bereit, höhere Löhne zu bezahlen.“ Tatsächlich sind auch Zulagen in Form von Prämien gewährt worden.

Adolf Stuhmann befandete u. a.: Ich war vom Herbst 1920 bis etwa Frühjahr 1924 Arbeiterratsvorsitzender in der

Staatlichen Porzellanmanufaktur. Es fanden zu dieser Zeit häufig Lohnbesprechungen zwischen der Betriebsleitung der Betriebsvertreter statt. Die Verhandlungen wurden von der Manufaktur von Geh. Rat Gohlke, von der Seite durch mich bzw. Schulz geführt. Ich erinnere mich vor einigen Jahren, ich kann mich des genauen Jahres nicht entsinnen, bei einer Besprechung über die Lohnregelung an der außer mir Geh. Rat Gohlke und Schulz teilnahm. Geh. Rat Gohlke wörtlich die in der Beweisfrage zu führende Meinung Herrn Schulz gegenüber getau hat, verhandelten über die Lohnregelung der neuinzustellenden, 24 Jahre alten Zeitlöhner. Geh. Rat Gohlke weigerte sich zunächst, diesen Arbeitern die Akkordbasis als Grundlohn billigen. Wir berieten uns dem gegenüber auf den dem gegenstehenden Reichstafel der feineramantischen Industrie. Geh. Rat Gohlke gab dann unserem Standpunkt nach. Der Schluss war seine im Beweisthema zu 1 getane Zusage.

Zu 2: Die Akkordbasis war bei unseren Verhandlungen stets die selbstverständliche Grundlage, von der aus die Lohnregelung vorgenommen wurde. Ich kann daher die Frage 2 vollinhaltlich besträtigen.

Zu 3: Darüber, daß von Seiten der Manufaktur oder Direktor Schneider an der Akkordbasis als Grundlohn für die Zeitlöhner gerüttelt werden sollte, ist von Schneider in direkten Worten uns gegenüber nichts geäußert worden. Dieser Punkt hat niemals einen Streitgegenstand bei Lohnverhandlungen gebildet und wurde auch von Schneider selbstverständlich stillschweigend vorausgesetzt.

Zu 4: Über die Akkordbasis ist zur damaligen Zeit überhaupt nicht verhandelt worden, auch eine ausdrückliche Zusage ist von der Direktion nicht gegeben worden, weil wohlheitmäßig bisher die Akkordbasis als Grundlage für die Lohnverhandlungen gegolten hat.

Sitzung des Gauschiedsamtes Nord- und Ostdeutschland am 30. März 1926. Vorsitzender Dr. Wiesel.

Schiedspruch: Der Antrag wird abgelehnt.

Begründung: Das Gauschiedsamt ist zu dem Urteil gekommen, daß aus den Zeugenaussagen insbesondere durch die wenig positive Aussagen und auch wegen des gänzlichen Fehlens einer verwertbaren Aussage des Zeugen Schneider eine mündliche Vereinbarung darüber, daß die Akkordbasis als Grundlohn zu gelten habe, nicht angenommen werden kann.

Die Frage des Wohnheitsrechts ist in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten bisher praktisch nicht klar. Sie ist auch in dem nicht lückenlosen Ergebnis über die Zahlung eines mit der Akkordbasis bedenden Grundlohnes ohne Bedeutung für die Entscheidung. Aus beiden Gründen fehlt die Grundlage für die Anwendung der Protokollnotiz zu § 58 ArbZG. Ich daher bei Fehlen einer betrieblichen Lohnvereinbarung allgemeine Lohnschiebspruch durchzuführen und richtig wandt, wenn die Effektivverdienste den Erfordernissen Lohnschiebspruch entsprechen.

Wegen diesen Schiedspruch hat die Belegschaft der Manufaktur Einspruch beim Oberschiedsamt eingelegt.

Man vergleiche nun die Urteile ein und desselben Schiedsamtes vom 6. 11. 25 und vom 30. 3. 26. Das erste Urteil das zweite Urteil nach der eiblichen Zeugenvernehmung, und dieselbe Instanz fällt in derselben Sache zwei sich widersprechende Urteile. Fürwahr ein unhaltbarer Zustand! Sogar die nicht gemachte Aussage des Zeugen Schneider, der von Arbeitgeberseite als Zeuge verlangt war, wird zu unseren Ungunsten verwertet. O heilige Justitia, höher geh nimmer!

Nun geht das Spiel weiter. Vielleicht verweist das Oberschiedsamt die Sache noch einmal an die erste Instanz zum Vergleich der einzelnen Arbeiter Hunderte Mark an Wert zu stehen.

Um die Frage überhaupt zur Entscheidung zu bringen brauchen die Instanzen zwei Jahre. Es ist mehr lächerlich und auch ein Stück der jetzt modernen Komödien.

Von der Keramikindustrie.

Porzellanfabrik Beh, Scherger & Co., A.-G. Mehan. der Belegschaft ergibt sich für 1925 nach Vornahme von 114 (i. V. 100) Stk. Abschreibungen ein Verlust von 59 293 (Reingewinn 82 157 Mk.), der sich durch den Gewinnvortrag aus 1924 auf 20 136 Mk. ermäßigt. Dieser Verlustsaldo wurde vorgetragen (i. V. 2 Proz. Dividende).

Die Gesamteinnahmen betragen 0,48 (0,63) Mill. Mk., Unkosten 0,37 (0,44) Mill. Mk. Aus den Vereinigten Staaten dem Hauptabnehmer, bleiben laut Bericht die Aufträge fast vollständig aus; die Aufträge aus anderen Absatzgebieten, die die der Betrieb fast bis Ende des Jahres in Mehan und Gollausen konnte, liegen nur ganz wenig Nutzen. Trotzdem ist das Ergebnis ein mäßig zufriedenstellendes gewesen, wenn man der Betrieb in Elster auch im letzten Jahr einen ganz erheblichen Verlust gebracht hätte, welcher durch den Gewinn Mutterwertes nicht voll ausgeglichen werden konnte. In Wilan stehen 166 920 (209 885) Mk. Kreditoren, 291 231 (792) Mark Bank und Hypotheken und 29 846 (0) Mk. Akzepten. Aufstellungen gingen von 42 696 auf 16 838 Mk. zurück. Unbekannt betragen stüffige Mittel 21 141 Mk. (22 626 Mk.), Divoren 249 770 (256 392) Mk., Borräte 765 950 (697 014) Mk. Anlagen fast unbedändert 1,35 Mill. Mk. Ueber die Auslastung könne nichts gesagt werden. — Aus dem Bericht geht hervor, daß es der Aktiengesellschaft nicht gelungen ist, in zwei Jahren einen hinzugekommenen Betrieb umzustellen und gewinnbringend einzuberleiben. Dazu ist eine längere Zeit notwendig.

Aus unserem Beruf.

Waldenburg. Am Sonnabend, den 5. Juni beging Kollege Hugo Grehl bei der Firma Porzellanmanufaktur C. Krüger A. G. in Waldenburg sein 60 jähriges Amtsjubiläum. Am 25. Januar 1851 geboren, steht der Kollege Grehl heute 76. Lebensjahre. Er hat von dieser hohen Zahl von Lebensjahren allein 60 Jahre in den Diensten der Firma Krüger verbracht. Der Kollege Grehl ist einer derjenigen tüchtigen Kämpfer, die unserer Organisation seit ihrem Bestehen Treue bewahrt haben und vorher schon im Deutschen Maler-Verband organisiert waren. Die Jahrestage bringt ihn Veteran der Arbeit an dieser Stelle ihre herzlichsten Glückwünsche dar. Möge es unsern Kollegen Grehl vergönnt noch viele Jahre in unserer Mitte zu weilen.

Der Jugend ein leuchtendes Vorbild bilden wir mit G auf unsern Kollegen Grehl, der es nie verabsäumt hat, für Organisation einzutreten und der Organisation in ihren Kämpfen beizustehen.

Die Verwaltung der Bahnhalle Waldenburg und Umgegend.

Sell. Bei der Abstimmung über den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband wurden 561 Stimmen abgegeben, 547 gaben Zettel ab, 13 stimmten mit Nein, ein Zettel unangültig.

Ziefesart. Wenn diese Zeilen in der „Ameise“ erscheinen ist die Abstimmung über die Verschmelzung mit dem BVB den meisten unserer Bahnhallen schon vorüber, es soll so werden und kann auch nicht meine Absicht sein, irgendwie Beeinflussung nach einer der beiden Richtungen in Frage. Abstimmung versuchen zu wollen, deren Resultat mir un-

Zur Jahresabrechnung 1925

mögen folgende Ausführungen als Erläuterungen dienen:
Die Einnahme an Beiträgen betrug im Jahre 1925 1049007,82 M., die durchschnittliche Mitgliederzahl 40948. Das ergibt für das Berichtsjahr einen Durchschnittsbeitrag von 21,- M. pro Jahr oder 40 Pf. pro Woche. Im Jahre 1924 betrug derselbe 12,51 M. pro Jahr oder 24 Pf. pro Woche. In Punkt Beitragszahlung ist somit im Berichtsjahre eine recht günstige Entwicklung zu verzeichnen. Bei Beurteilung dieser Entwicklung darf nicht übersehen werden, daß in der Gesamtbeitragssumme des Jahres 1925 nur zwei, dagegen in der des Jahres 1924 vier Extrabeiträge je in Höhe eines Wochenbeitrages enthalten sind.
Nach Gauen berechnet, ergibt die Berechnung des Durchschnittsbeitrages folgendes Resultat:

Gau	Mitgl. zahl im Durchschn. 1925	Gesamt einnahme an Beiträgen 1925 M.	Durchschnittsbeitrag 1925			
			pro Jahr	pro Woch.	pro Jahr	pro Woch.
Bayern	12814	281866,20	18,79	36	11,87	23
Rheinl.-Westf.	1620	43757,10	27,01	52	13,16	25
Schles.-Sachsen	10998	243406,38	22,13	42	12,98	25
Thüringen	18262	341016,62	18,71	36	11,31	22
Nordd. Zahlfst.	5893	173273,80	29,40	57	18,45	35
Südd. Zahlfst.	850	15678,32	18,10	35	12,51	24

Aus dieser Aufstellung ergeben sich die Mitglieder, daß Bayern, Thüringen und die süddeutschen Zahlfstellen mit dem Durchschnitts-Jahresbeitrag noch unter dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegen. Ueber dem Reichsdurchschnitt stehen:
Im Gau Bayern die Zahlfstellen Schwabwald mit 1,56 M., Tiefenreuth mit 1,88 M., Selb-Wißberg mit 2,97 M., München mit 4,20 M., Arzberg mit 5,08 M., Oberhofen mit 6,50 M., Selb mit 7,50 M. und Walderhofen mit 8,20 M.;

in Thüringen die Zahlfstellen Anna mit 23 Pf., Wallhausen mit 71 Pf., Wärsdorf mit 79 Pf., Meintungen mit 91 Pf., Unterböblich mit 1,90 M., Suhl mit 2,01 M., Gera mit 2,12 M., Meuselwitz mit 3,27 M., Rodach mit 4,03 M., Stadtilm mit 4,93 M., Plana mit 4,94 M., Rudolstadt mit 6,60 M., Maßla mit 8,98 M., Poßneck mit 8,44 M., Eisenberg mit 8,74 M., Stadtfengelsfeld mit 9,47 M., Brattendorf mit 12,61 M. und Eisenach mit 24,53 M. und von den 9 süddeutschen Zahlfstellen die Zahlfstellen St. Georgen mit 2,83 M., Karlsruhe mit 6,76 M. und Ludwigsburg mit 9,23 M.

Von dem Bezirk Rheinland-Westfalen, der im Durchschnitt mit 6,08 M. über dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegt, stehen die Zahlfstellen Schlierbach mit 67 Pf., Bonn mit 83 Pf., Försheim mit 1,59 M., Wesel mit 3,80 M., Düsseldorf mit 17,28 M., Germerheim mit 18,27 M. und Elberfeld mit 22,68 M. noch über dem Bezirks-Jahresdurchschnitt.

Von dem Gau Schlesien-Sachsen, der im Durchschnitt mit 1,13 M. über dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegt, stehen die Zahlfstellen Fraureuth mit 21 Pf., Sorau mit 4,76 M., Breslau mit 5,74 M., Dresden mit 7,79 M., Grünhain mit 14,68 M., Freital mit 20,78 M. und Rössen mit 22,89 M. noch über dem Gau-Jahresdurchschnitt.

Von den 23 norddeutschen Zahlfstellen, die im Durchschnitt mit 8,44 M. über dem Reichs-Jahresdurchschnitt liegen, stehen die Zahlfstellen Althaldensleben mit 80 Pf., Neuhaldensleben mit 1,08 M., Hennigsdorf mit 1,30 M., Frankfurt a. O. mit 1,98 M., Spandau mit 2,33 M., Magdeburg mit 2,35 M., Zeven mit 3,12 M., Fürstenberg a. B. mit 4,50 M. und Berlin mit 11,07 M. noch über dem Bezirks-Jahresdurchschnitt.

Für Erwerbslosen-, Maßregelungs-, Streit- und Sterbeunterstützung, sowie Fahr- und Unzugsgelder wurde im Berichtsjahre insgesamt die Summe von 892 031,94 M. verausgabt. Davon wurde gezahlt:

Erwerbslosenunterstützung im Arbeitslosigkeitsfalle.

Im Gau	Männliche Mitglieder				Weibliche Mitglieder				Zusammen			
	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.
Bayern	523	10 217	7 008	32	152	2 541	820	77	675	12 758	7 889	09
Rheinland-Westfalen	174	8 935	2 613	95	15	311	66	—	189	4 246	2 679	95
Schlesien-Sachsen	466	13 125	11 798	66	270	6 834	2 623	44	736	19 059	14 417	10
Thüringen	1 028	37 878	24 938	23	707	12 186	4 786	59	2 035	50 064	29 674	82
Norddeutsche Zahlfstellen	352	9 878	8 220	01	102	2 293	916	05	454	11 671	9 136	70
Süddeutsche Zahlfstellen	67	1 228	803	03	43	821	199	94	109	1 819	1 092	97
Zusammen	3 510	75 761	55 497	20	1 288	24 786	9 863	89	4 708	100 547	64 880	60

Erwerbslosenunterstützung im Krankheitsfalle.

Im Gau	Männliche Mitglieder				Weibliche Mitglieder				Zusammen			
	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.
Bayern	2 006	40 001	31 994	31	1 215	32 098	11 453	66	3 221	72 099	42 847	97
Rheinland-Westfalen	548	11 429	9 259	45	54	1 087	412	27	602	12 496	9 671	72
Schlesien-Sachsen	1 641	86 245	31 233	26	1 196	30 288	10 978	05	2 837	66 483	42 211	81
Thüringen	3 114	70 811	50 849	42	1 831	47 869	19 383	30	4 945	118 180	70 232	72
Norddeutsche Zahlfstellen	1 204	25 017	23 153	85	524	11 934	5 014	87	1 728	37 001	28 168	72
Süddeutsche Zahlfstellen	163	3 601	2 932	32	86	2 447	1 009	30	249	6 048	3 941	62
Zusammen	8 676	187 104	148 822	61	4 906	125 178	48 251	45	13 582	312 277	197 074	66

Maßregelungsunterstützung.

Im Gau	Männliche Mitglieder				Weibliche Mitglieder				Zusammen			
	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.
Bayern	18	758	2 132	58	—	—	—	—	18	758	2 132	58
Rheinland-Westfalen	3	108	408	82	—	—	—	—	3	108	408	82
Schlesien-Sachsen	4	258	768	—	—	—	—	—	4	258	768	—
Thüringen	20	772	2 140	78	1	26	26	—	21	798	2 166	78
Norddeutsche Zahlfstellen	4	78	227	16	—	—	—	—	4	78	227	16
Süddeutsche Zahlfstellen	2	120	390	—	—	—	—	—	2	120	390	—
Zusammen	51	2 094	6 067	34	1	26	26	—	52	2 120	6 093	34

Streitunterstützung.

Im Gau	Männliche Mitglieder				Weibliche Mitglieder				Zusammen			
	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.	Fälle	Tage	M.	Pf.
Bayern	71	2 855	7 969	64	3	137	206	52	74	2 992	8 176	16
Rheinland-Westfalen	214	5 223	14 485	91	12	260	426	26	226	5 483	14 892	17
Schlesien-Sachsen	616	11 633	85 166	84	327	6 492	7 366	01	943	18 125	42 232	85
Thüringen	297	5 913	16 644	60	414	8 947	12 783	13	711	14 860	29 427	73
Norddeutsche Zahlfstellen	366	2 297	5 929	13	160	822	941	72	526	3 119	6 870	85
Süddeutsche Zahlfstellen	115	2 472	4 468	38	19	480	588	82	134	2 952	5 057	20
Zusammen	1 679	30 393	84 644	50	935	17 188	22 312	46	2 614	47 531	106 956	96

Sterbegeld.

Im Gau	Männl. Mitglieder			Weibl. Mitglieder			Zusammen		
	Fälle	M.	Pf.	Fälle	M.	Pf.	Fälle	M.	Pf.
Bayern	42	1230	—	7	120	—	49	1350	—
Rheinland-Westfalen	7	186	—	—	—	—	7	186	—
Schlesien-Sachsen	47	1536	—	18	228	—	65	1764	—
Thüringen	76	2343	—	15	266	—	91	2609	—
Norddeutsche Zahlfstellen	84	1455	—	8	50	—	92	1505	—
Süddeutsche Zahlfstellen	3	90	—	—	—	—	3	90	—
Zusammen	209	6840	—	41	664	—	250	7504	—

Fahrtgelder.

Im Gau	Männl. Mitglieder			Weibl. Mitglieder			Zusammen		
	Fälle	M.	Pf.	Fälle	M.	Pf.	Fälle	M.	Pf.
Bayern	98	1092	75	9	100	20	107	1192	95
Rheinland-Westfalen	12	268	60	1	40	13	13	270	—
Schlesien-Sachsen	97	991	10	8	82	30	105	1053	40
Thüringen	70	677	15	1	90	71	71	678	05
Norddeutsche Zahlfstellen	120	1801	05	4	51	90	124	1852	95
Süddeutsche Zahlfstellen	17	295	12	1	60	18	18	801	72
Zusammen	414	5125	77	24	223	30	438	5349	07

nach der bisherigen Diskussion in der „Ameise“ nicht mehr zweifelhaft erscheint. Veranlassung, mich hier an dieser Stelle zu äußern, ist der Artikel des Kollegen Menninger in der letzten „Ameise“, worin er Bezug nimmt auf den vor einigen Wochen angeforderten Bericht über die Meinung der Verwaltung der Zahlfstelle Tiefenfurt in der Verschmelzungsfrage. Kollege Menninger macht also gennannter Verwaltung den Vorwurf der Unentschiedenheit, dieselbe wolle in ihrem schönen Eigenleben nicht aufhören, sie wolle ferner nicht mit anderen Berufsgruppen in Bahlfstellen vereinigt sein und dergl. mehr. Diese Auffassung des Kollegen Menninger über die Verwaltung der Zahlfstelle Tiefenfurt ist irrig, wir verlässigen uns nicht der Ansicht, daß die Zusammenlegung der örtlichen Bahlfstellen, der in Frage kommenden Organisationen, nach vollzogener Verschmelzung unbedingt zur Vereinfachung der geschäftlichen Angelegenheiten führen muß, nur in der Frage des Zusammenlegens der Bahlfstelle Tiefenfurt mit der neu zu gründenden Bezirkszahlfstelle Rauscha vermag ich trotz der Ausführungen des Kollegen Menninger eine Vereinfachung in der Geschäftsführung nicht erkennen, die örtlichen Angelegenheiten müssen nach wie vor von den Kollegen am Orte selbst erledigt werden, und ein Brief nach Hannover kostet nicht mehr als ein Brief nach Rauscha. Ferner macht sich bei vorkommenden Differenzen das Hinanziehen eines sachkundigen Vertreters unserer bisherigen Organisation nach wie vor erforderlich.

Kollege Menninger meint ferner, wenn es um das Gesamtwohl im großen und ganzen gehe, könne vor einer Bahlfstelle die Tiefenfurt nicht halt gemacht werden, aber bedeutet es dann wirklich eine Gefährdung des Gesamtwohls und der Verschmelzung überhaupt, wenn man den Wunsch von 500 Mitgliedern einer Organisation berücksichtigt, zumal der § 21 des Statuts des FVJ in seinem Schlußsatz besagt: Abweichungen sind unter Zustimmung des Hauptvorstandes zulässig! Also warum trotz des letzten Satzes so wenig entgegenkommen. Kollege Menninger meint ferner, diese geplante Gliederung drängt ja nicht für immer zu gelten, sie könne gegebenenfalls wieder geändert werden, wenn sich dies notwendig machen sollte, warum also dann erst dieses Experiment, wenn die Möglichkeit besteht, daß man evtl. wieder zum alten zurückgreifen muß. Das Gesamtwohl der neuen Organisation dürfte, wenn dem Wunsche der gesamten Tiefenfurter Kollegenschaft in der Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Bahlfstelle stattgegeben wird, tatsächlich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, ich würde sagen zu können: die Kollegen von Tiefenfurt und vielleicht auch anderweitig werden sich in ihrer neuen Organisation, in ihrem neuen Heim am schnellsten heimisch fühlen, wenn man sich nicht bei den zuständigen Stellen, soweit die Organisation darunter nicht leidet, an den Buchstaben und Paragraphen klammert. Es ist zu vermeiden, daß eine gewisse Verärgerung der Kollegenschaft Platz greift, denn in der neuen Organisation werden alle Kräfte, vielleicht noch mehr wie bisher, notwendig sein, um dieselbe so auszubauen, wie es für das Gesamtwohl der Kollegenschaft erforderlich ist. Daß der Ausbau noch abänderungsbedürftig und nicht in allen Teilen einwandfrei ist, wird ja auch vom Kollegen Menninger zugestanden und muß auch im Interesse des Ganzen vorläufig mit in Kauf genommen werden.
Bruno Dienert, Tiefenfurt.

Anmerkung des Redakteurs. Kollege Dienert! Nicht aus meinen Ausführungen herauslesen, was nicht darin enthalten ist. Ich habe gar keinen Vorwurf erhoben, sondern allgemein an dem Beispiel Tiefenfurt nachgewiesen, daß Abneigungen und örtliche Bedenken nicht als Anlaß genommen werden dürfen, ihren Meinungsäußerungen abzugeben. Bei Entscheidungen über das Weiter- oder Nichtweiterbestehen unseres Verbandes dürfen in keiner Weise nicht berücksichtigte örtliche Wünsche als ausschlaggebend vor das Wohl der Gesamtmittelschaft gestellt werden. Das ist von der Tiefenfurter Verwaltung unbeachtet gelassen worden. Sie hat hauptsächlich örtliche Bedenken wegen ihren Mitgliedern die Ablehnung des Anschlusses an den FVJ empfohlen und so das Ortswohl vor das Gesamtwohl gestellt. Nach meinem Dafürhalten war das eine falsche Stellungnahme, die auch durch die Darlegungen des Kollegen Dienert nicht richtig wird. Im Interesse des Ganzen hätte eben die Tiefenfurter Kollegenschaft das angeblich Richtige in Kauf nehmen und für das vom Vorstand und Beirat vertretene Richtige sich einsetzen sollen.

Waldburg. In der Nr. 19 der „Ameise“ vom 8. Mai ist unter der Rubrik von der Porzellanindustrie auch einiges zu lesen über die Lage in Schlesien. Es heißt dort wörtlich: „Die Breslauer Neuesten Nachrichten“ haben über die Lage der schlesischen Porzellanindustrie eigene Informationen eingeholt.“ Die Breslauer Neuesten Nachrichten“ müssen also von den Firmen sich über deren Geschäftslage genau informiert haben und bringt der Artikel so mancherlei zutage, was früher aus Arbeitgebermunde bestritten wurde. Nur in einem Punkte heulen die Breslauer Neuesten Nachrichten“ mit den Arbeitgebern gemeinsam, indem sie hervorheben, das Arbeitsmaterial in thüringischen und süddeutschen Konkurrenzbetrieben sei wesentlich leistungsfähiger. Die Redaktion der „Ameise“ hat schon betont, daß man die schlesische Porzellanarbeiterschaft doch nicht als minder leistungsfähig hinstellen solle.

Die am 21. Mai in Waldburg-Altwasser tagende Funktorkonferenz der hiesigen Zahlfstelle wendet sich ganz entschieden gegen eine derartige Schreibweise der „Breslauer Neuesten Nachrichten“, insbesondere aber erklären die versammelten Funktorkonferenz der hiesigen Arbeiter, daß sie es sich endlich abgewöhnen müssen, bei ihrer miserablen Entlohnung noch ihre Arbeiterschaft als faul zu bezeichnen. Die Arbeitgeber übersehen dabei, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft, der früher in Schlesien tätig war, sich jetzt in anderen, insbesondere Thüringer und süddeutschen Werken befindet, dort hervorragendes leistet und ja vor Jahresfrist ein großes Unternehmen Wert darauf legte, mit einem Schläge hundert einarbeitete Porzellanarbeiterinnen von Schlesien zu erhalten, aber nicht, weil sie minder leistungsfähig seien, sondern man glaubte, den bescheidenen Arbeiterinnen noch schlechtere Löhne wie in Schlesien anbieten zu können. Die Leistungsfähigkeit hat man schon zu schätzen gewußt.

Weiter ist aber sehr interessant, wenn gesagt wird, obwohl laut Tarifvertrag den schlesischen feinkeramischen Fabriken eine geringe Lockerleistung für Frauen zugelassen wurde, daß diese Differenzierung für die Gesamtlohnbelastung unwesentlich ist. Woher haben denn die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ dieses Wissen? Die Arbeitgeber haben ja direkt die Fortführung ihrer Betriebe in Frage gestellt, wenn den Frauen nicht der Lohn um 10 bis 12 Proz. reduziert werden könnte. Wenn die Reduzierung bei den Frauenlöhnen nur unwesentlich ist, dann haben die Arbeitgeber die Verpflichtung, den Frauen sofort die alten Löhne weiter zu bezahlen; denn es ist ja weiter in dem Artikel gesagt, daß nur eine Senkung der Rohstoffpreise für Rohpat, Kaolin, Kohle usw. die Möglichkeit bietet, die Lage zu verbessern.

Vor allem aber erblicken die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ — und mit ihnen doch auch die Arbeitgeber, denn sie haben ja diese Aus- nüt gegeben — eine Besserung der Lage darin, daß die allgemeine Kaufkraft gehoben wird. Deshalb werden die versammelten Funktorkonferenz: Gebt euren genau so leistungsfähigen Arbeitern wie in Thüringen und Süddeutschland denselben Lohn! Unwesentliche Reduzierungen haben wir nicht genug.

Vor allen Dingen aber wollen wir dieses offene Zugeständnis, was man den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ gemacht hat, uns für die Zukunft merken, wenn wieder einmal die Frage der Betriebsstillegung wegen zu hoher Frauenlöhne oder Tariflöhne in den Vordergrund rückt. Daß zur Hebung der allgemeinen Kaufkraft auch eine Hebung der Löhne notwendig ist, dürfte vielleicht auch bei der Geltung des Arbeitgeberverbandes für Schlesien bekannt sein.

Table with columns: Gau, Männl. Mitglieder, Weibl. Mitglieder, Zusammen. Rows include Bayern, Rheinland-Westfalen, etc.

Der prozentuale Anteil der Gauen an der Gesamtmitgliederszahl, den Beiträgen und ausgezahlten Unterstützungen ist folgender:

Table with columns: Gau, Durchschnittliche Mitgliederzahl, Beiträge, Unterstützung. Rows include Bayern, Rheinland-Westfalen, etc.

Die Kosten für die Gaulteilungen betragen im Berichtsjahre im Gau

Table with columns: Gau, Kosten. Rows include Schlesien-Sachsen, Bayern, Thüringen.

Die Verwaltungskosten

betragen im Berichtsjahre 275 864,10 M. = 25,77% der Einnahmen an Eintrittsgeldern, Verbands- und Lokalbeiträgen.

Table with columns: Verwaltungskosten, Kosten. Rows include Verbandskasse, Lokalkasse.

Es betragen die persönlichen sächlichen

Table with columns: Kosten, Prozent. Rows include Verbandskasse, Lokalkasse.

Die Verwaltungsstellen betragen pro Kopf im Jahre

Table with columns: Kosten, Prozent. Rows include Verbandskasse, Lokalkasse.

Der prozentuale Anteil der Verwaltungskosten zu der Gesamteinnahme an Eintrittsgeldern, Verbands- und Lokalbeiträgen ist folgender:

Table with columns: Kosten, Prozent. Rows include 1913, 1924, 1925.

Aus der Abrechnung über das Jahr 1925 ersehen die Mitglieder daß die finanziellen Verhältnisse unserer Organisation nicht schlechter sind, als die aller anderen Organisationen.

Vierteljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Am 21. August dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß in London der Grundstein zum internationalen Zusammen-

Dem eigentlichen Erinnerungstage soll eine Propagandawoche vorausgehen, in der unter der Parole „Sine in in Achtstundentag!“ eine großartige Agitation für den

Da der Monat August für die in Aussicht genommene Propaganda nicht geeignet ist, wurde beschlossen, die Viertel-

Am den internationalen Charakter der Vierteljahrhundertfeier ganz besonders zu betonen, soll die Heranziehung ausländischer Redner in Aussicht genommen werden;

Gewerkschaftliches.

Während der Ringreisetage veranstaltete der Zentralverband der Angestellten in vielen Teilen des Reiches

Weltwanderungstreffen des IGB und des A.S. Der in Folge des Generalstreikes in England vertagte Welt-Wander-

Der in Folge des Generalstreikes in England vertagte Welt-Wanderungstreffen des IGB und des A.S. wird nun endgültig am

heimen einen Vortrag hören über Grundrechte und Grundpflichten aus Tarifverträgen, ferner solche über den Berg-

Gäste und Pressevertreter werden um baldige Anmeldung bei dem Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands,

Wirtschaftliches.

Nationalisierung ohne Preisentzug ist Konsumentenmord. Der bekannte Professor Bonn hat in der Gesellschaft für

50 Proz. Dividende! Ja, auch das gibt es noch heute. Es ist die

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb. Telephone Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17. Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen.

Lüchtiger, erfahrener Schleifer der Geschirrbrennerei, an flotter, lauberes Arbeiten gewöhnt, kann ungesch. Leute anlernen.

Literarisches.

„Jugend-Führer.“ Mitteilungen für die Leiter der Jugend-Abteilungen in den Gewerkschaften. Nummer 5, Mai 1925.

Die Bähmung des Menschen. So nennt der bekannte Kämpfer der freigeistigen Bewegung, Prof. Hartwig

Politisches oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. Von Max Adler — Umfang 160 Seiten.

Die Gemeinde. Das soeben erschienene Heft Nr. 10 des „Gemeinde“ bringt wieder eine Reihe wichtiger Aufsätze

Das neue Reichsbanner-Liederbuch. Ein schmuckes, achtzig Seiten starkes Bändchen, in den Farben der Republik

Warnung!

Die Rahtstellenkassierer werden hiermit gewarnt, an den früheren Mitgliedern Nr. 21 224, Waldemar Kleinert, Unterstützung

Weiter wird gewarnt, dem ehemaligen Kollegen Jakob Uhlrich, der sich stets auf seine Bekanntschaft mit dem Hebelteiler

Berufsaussagen.

Berlin-Charlottenburg. Rahtstellenversammlung Donnerstag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Stadt

Quittung.

Für unseren kranken Kollegen Theodor Mey gingen noch stehende Spenden ein: Teltow, Arzberg, Schlierbach

† Sterbetafel †

Röppelsdorf, Georg Salboth, geboren am 17. 1. 1883, ist an Herzschlag. Organisiert seit 1893.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür. Goldscheideanstalt / Begründet 1891. kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle. Heltestes Einkaufsgeschäft dieser Art.